

Unirep Jura

Günther Hönn

Examens-Repetitorium Wettbewerbs- und Kartellrecht

3. Auflage



C.F. Müller

Jura auf den  gebracht

UNIREP JURA

Herausgegeben von Prof. Dr. Mathias Habersack

Examens-Repetitorium Wettbewerbs- und Kartellrecht

von

Dr. Günther Hönn

Universitätsprofessor Saarbrücken

3., neu bearbeitete Auflage



C.F. Müller

Günther Hönn, Jahrgang 1939, Studium der Rechtswissenschaften in Freiburg/Br., Wien und Frankfurt/M., 1. Juristische Staatsprüfung in Frankfurt/M, Assessorexamen 1968 in Wiesbaden, Promotion 1969 Frankfurt/M., war zunächst 1969 bis 1973 im Unilever-Konzern als Firmenjurist der Lever-Sunlight GmbH im Hamburg vor allem auf dem Gebiet des Wettbewerbsrechts tätig. Er habilitierte sich an der Universität Mainz 1980. Von 1981 bis 1984 war er Professor an der Freien Universität Berlin, ehe er 1984 einem Ruf an die Universität des Saarlandes in Saarbrücken folgte. 1991 war er dort Vizepräsident für Lehre und Studium und in den Jahren 1992 bis 2000 Präsident der Universität, ehe er im letztgenannten Jahr auf seinen Lehrstuhl zurückkehrte. Auch nach seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst im Jahr 2004 betätigt er sich weiterhin in der Forschung und bis 2014 in der Lehre.

Ausgewählte Veröffentlichungen: Die Anwendbarkeit des Art. 86 EWG-Vertrag von Kartellen und vertikalen Wettbewerbsbeschränkungen, Diss. Frankfurt 1969; Kompensation gestörter Vertragsfreiheit. Ein Beitrag zum inneren System des Vertragsrechts, 1980; Kommentierung § 826 BGB in Soergel, BGB, 13. Auflage 2005; Kommentierung §§ 662–675 BGB in juris-Praxiskommentar, 7. Auflage 2014; Klausurenkurs im Wettbewerbs- und Kartellrecht, 6. Auflage 2013.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

ISBN 978-3-8114-3875-0

E-Mail: kundenservice@hjr-verlag.de

Telefon: +49 6221/489-555

Telefax: +49 6221/489-410

© 2014 C.F. Müller, eine Marke der Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH
Heidelberg, München, Landsberg, Frechen, Hamburg

www.cfmueller-campus.de

www.cfmueller.de

Hinweis des Verlages zum Urheberrecht und Digitalen Rechtmanagement (DRM)

Der Verlag räumt Ihnen mit dem Kauf des ebooks das Recht ein, die Inhalte im Rahmen des geltenden Urheberrechts zu nutzen. Dieses Werk, einschließlich aller seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Der Verlag schützt seine ebooks vor Missbrauch des Urheberrechts durch ein digitales Rechtmanagement. Bei Kauf im Webshop des Verlages werden die ebooks mit einem nicht sichtbaren digitalen Wasserzeichen individuell pro Nutzer signiert. Bei Kauf in anderen ebook-Webshops erfolgt die Signatur durch die Shopbetreiber. Angaben zu diesem DRM finden Sie auf den Seiten der jeweiligen Anbieter.

Vorwort

Wettbewerbs- und Kartellrecht sind hochaktuelle Rechtsmaterien, deren Erarbeitung wegen der Komplexität von ökonomischen Grundlagen und internationalen Bezügen erhebliche Ansprüche an die Studierenden stellt. Eine permanente Veränderung der Gesetzesvorschriften und eine umfangreiche Judikatur haben das Schrifttum weitgehend segmentiert und teilweise massiv aufgebläht. Umso wichtiger ist das Verständnis der Zusammenhänge als Basis erfolgversprechender Normanwendung unter Verzicht auf unnötige Segmentierung des Rechtsstoffes. Dem dient auch die hier versuchte und durch die Funktionsbezogenheit auf den Wettbewerb gerechtfertigte gemeinsame Darstellung von Lauterkeitsrecht einerseits und Recht gegen Wettbewerbsbeschränkung andererseits. Vor diesem Hintergrund bietet das vorliegende Buch auf beschränktem Raum Orientierungswissen zur Vorbereitung auf die Prüfung im einschlägigen Schwerpunktbereich, ohne auf wissenschaftliche Tiefe zu verzichten. Eine eingehende Auseinandersetzung mit speziellen Problemen wird dabei nicht angestrebt; sie hat Orientierungswissen freilich gerade zur Voraussetzung.

Das Examens-Repetitorium ist nicht als Einführung in die Rechtsmaterie gedacht, sondern setzt die Lektüre eines einführenden Lehrbuchs bzw. den Besuch einer entsprechenden Lehrveranstaltung voraus und fühlt sich auch im Übrigen der Konzeption der Reihe **Unirep Jura** verpflichtet. Der Lernstoff wird durch etwa 30 Fallbeispiele greifbar dargestellt. Da gerade im Wettbewerbs- und Kartellrecht zudem eine besonders große Anzahl von kurzen Beispielen erforderlich ist, um Begriffe oder Situationen zu veranschaulichen und die Rechtsmaterie lebendig zu machen, wird an dieser Stelle auf eine breitere Darstellung in der Art einer Fallbesprechung verzichtet. Der Leser sei insoweit auf meinen Klausurenkurs im Wettbewerbs- und Kartellrecht (6. Auflage 2013) verwiesen, in dem 15 Fälle (mit Musterlösungen) einen praxisorientierten Einblick in Fragestellungen und Lösungswege geben. Dem gegenüber bieten die hier etwa 30 kurz geschilderten Fallbeispiele sowie die vielen weiteren skizzierten Beispiele allemal einen für Studienzwecke angemessenen Überblick über den Stand der Judikatur, naturgemäß unter bewusstem Verzicht auf kommentarartige Vollständigkeit. Aufgenommen in die Darstellung wurden darüber hinaus Hinweise aus der Tagespresse mit aktuellem Bezug.

Die 3. Auflage bringt das Examens-Repetitorium auf den Stand von 2014. Gegenüber der Voraufgabe von 2009 waren hinsichtlich des europäischen Rechts die Änderungen durch die **Lissabonner Verträge** zu berücksichtigen; auf der nationalen Ebene ging es vor allem um die **8. Kartellnovelle von 2013**, durch die das nationale Verbot des Missbrauchs von Marktmacht übersichtlicher formuliert und die nationale an die europäischen Fusionskontrolle weiter angeglichen wurden. Inhaltlich wurden darüber hinaus wegen der steigenden praktischen Bedeutung **Aspekte des Vergaberechts und der Beihilfen** verstärkt angesprochen. Darüber hinaus wurden weitere aktuelle Entwicklungen aufgegriffen, und es wurde natürlich versucht, Mängel der Voraufgabe zu beseitigen.

Konzeptionell ist das Repetitorium in der Neuauflage unverändert. Der 1. Teil (Grundlagen) des Buches mit seinen Ausführungen zu „Markt und Wirtschaftsordnung“ und „Der Schutz des Wettbewerbs“ soll das Verständnis der Zusammenhänge erleichtern. Dabei geht es einmal um grundlegende Vorstellungen über den Gegenstandsbereich des Wettbewerbs- und Kartellrechts, die, wie der Verfasser noch aus seiner eigenen Studienzeit zu wissen glaubt, dem Studenten nicht ohne Weiteres geläufig sind, ohne die aber die Sinnzusammenhänge und Wertungsgrundlagen der gesamten Rechtsmaterie dem Verständnis verschlossen bleiben; es versteht sich von selbst, dass damit kein Anspruch auf Darstellung des Standes der ökonomischen Forschung erhoben wird. Darüber hinaus sollen die Schutzbedürftigkeit und Schutzwürdigkeit des Wettbewerbs, seine Gefährdung und die Strukturen beim Zusammenspiel von Privatrecht und öffentlichem Recht sowie von nationalem und europäischem Recht vergegenwärtigt werden. Entgegen einer neuerdings in der europäischen Entwicklung zu beobachtenden Tendenz in Richtung Verbraucherschutz des Lauterkeitsrechts, aber entsprechend der langjährigen Entwicklung in Deutschland, wird, wie bereits erwähnt, das Lauterkeitsrecht dabei zugleich als Bestandteil des gesetzlichen Schutzes des Wettbewerbs verstanden. – Die Teile 2 bis 5 erörtern die eigentliche Rechtsmaterie. Der abschließende Teil 6 enthält Verständnis- und Kontrollfragen mit skizzierten Antworten und bietet sich für die Überprüfung des Erfolgs der Lektüre des Buches an.

Für Rückmeldungen ist der Verfasser dankbar: g.hoenn@mx.uni-saarland.de

Ich wünsche allen Lesern Erfolg bei der Arbeit.

Saarbrücken, im Juli 2014

Günther Hönn

Inhaltsverzeichnis

	Rz.	Seite
<i>Vorwort</i>		V
<i>Abkürzungen</i>		XXI
<i>Literatur (Auszug)</i>		XXII
<i>Wichtige europäische Texte</i>		XXIII
<i>Wichtige Bekanntmachungen des BKartA</i>		XXV
<i>Materialien zum deutschen Wettbewerbs- und Kartellrecht</i>		XXVI
<i>Elektronische Fundstellen für Rechtstexte und Entscheidungen</i>		XXVI
<i>Textausgaben</i>		XXVI

Erster Teil

Grundlagen

§ 1 Markt und Wirtschaftsordnung	1	1
I. Markt und Marktwirtschaft	1	1
1. Markt als Regelkreis	1	1
2. Allgemeine Rechtsordnung als Rahmen	5	2
a) Institutioneller Rahmen	5	3
b) Privatautonomie	6	3
3. Zusammenfassung	10	4
II. Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsrecht	12	5
1. Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik	12	5
2. Rechtsrahmen	17	6
a) Grundgesetz	17	6
b) Europarecht	22	7
c) Internationale Abkommen	25	8
d) Herausforderungen der Globalisierung	26	8
3. Zum Begriff des Wirtschaftsrechts	27	8
a) Staatszentrierter Begriff des Wirtschaftsrechts	28	9
b) Wirtschaftsrecht als Marktrecht und Deregulierungstendenzen	29	9
c) Marktbezogene Regelungen außerhalb des Wettbewerbsrechts	33	10
4. Begriff der Wirtschaftsverfassung	37	11
§ 2 Der Schutz des Wettbewerbs	40	13
I. Wettbewerb	40	13
1. Wettbewerb als Rivalität zwischen den Wirtschaftssubjekten ...	40	13
2. Sog. Marktformen	41	13

3. Wettbewerbstheorien und -leitbilder	42	13
a) Überblick.	42	13
b) „more economic approach“	43	14
4. Wettbewerbsfunktionen	46	15
5. Wettbewerb als Entdeckungsverfahren	48	16
II. Beeinträchtigung des Wettbewerbs.	49	16
1. Durch staatliche Maßnahmen	50	16
a) Vergabe öffentlicher Aufträge	51	16
b) Verbotene Beihilfen	52	17
2. Durch die Wirtschaftssubjekte	53	17
a) Horizontale oder vertikale Verhaltensabstimmung	54	17
b) Missbrauch von Marktmacht	57	18
c) Unternehmenszusammenschlüsse	58	19
d) Unlauterer Wettbewerb.	60	19
4. Zusammenfassende Übersicht	61	20
III. Schutz des Wettbewerbs zwischen Privatrecht und öffentlichem Recht	62	21
1. Schutzwürdigkeit des Wettbewerbs	62	21
a) Entwicklung	62	21
b) Skizzen	63	21
aa) Verträge zwischen Unternehmen am Markt mit Wettbewerb	63	21
bb) Schutz des Wettbewerbs	63	21
2. Privatrechtlicher Lauterkeitsschutz.	64	22
3. Kartellrecht zwischen Privatrecht und öffentlichem Recht	66	22
a) Öffentlich-rechtlicher Zwang	66	22
b) Neben privatrechtlicher Durchsetzung	67	23
c) Bei einheitlichem Zivilrechtsweg	68	23
d) Auch für Vergabesachen	69	24
4. Zusammenfassende Übersicht	70	24
IV. Schutz des Wettbewerbs zwischen nationalem und europäischem Recht	71	24
1. Internationalisierung und Europäisierung im Wirtschaftsrecht	71	24
2. Vorrang des europäischen Rechts	76	25
a) Kartellrecht ohne Zusammenschlusskontrolle.	78	26
b) Zusammenschlusskontrolle.	79	27
c) Lauterkeitsrecht	80	27
<i>Fallbeispiel: Clinique</i>	81	27
Exkurs: Herkunfts- und Bestimmungslandprinzip im Lauterkeitsrecht	83	28
d) Besondere Pflichtenbindung des Staates.	84	29
3. Raum für nationales Recht.	85	29
a) Kartellrecht	85	29
b) Zusammenschlusskontrolle	87	30
c) Lauterkeitsrecht	88	30

d) Gewerblicher Rechtsschutz	89	30
4. Anpassung der unterschiedlichen Rechtsvorschriften	90	31
5. Internationales Wettbewerbsrecht als Kollisionsrecht	91	31
a) Kartellrecht einschließlich Zusammenschlusskontrolle	92	31
b) Lauterkeitsrecht	93	32
6. Zusammenfassende Übersicht	94	32

Zweiter Teil

Lauterkeitsrecht

§ 3 Materielles Lauterkeitsrecht, insbesondere UWG	96	34
I. Überblick	96	34
1. Entwicklung	96	34
2. Gegenstandsbereich	98	35
3. Geltungsbereich	100	35
<i>Fallbeispiel: Kauf im Ausland</i>	101	36
4. Einwirkung europäischen Rechts	103	37
a) Richtlinien	103	37
b) Vorschriften über den Binnenmarkt	106	38
<i>Fallbeispiel: Hünermund</i>	108	39
c) Verbraucherleitbild und Liberalisierung des deutschen Lauterkeitsrechts	109	39
5. Zweck	110	40
6. Regulationsstruktur nach der 1. UWG-Novelle von 2008.	111	40
7. Unternehmer- und Verbraucherbegriff	115	42
8. Anspruchsgrundlagen und Klagebefugnis	116	42
9. Zur Darstellung der Judikatur	117	43
10. Zusammenfassung	118	43
II. Allgemeiner Verbotstatbestand des § 3 UWG	119	44
1. Bedeutung des § 3 I UWG	119	44
a) Zentrale Verbotsnorm	119	44
b) Doppelfunktion	120	44
2. Tatbestand des § 3 I UWG	121	45
a) Geschäftliche Handlung	121	45
aa) Zentraler Handlungsbegriff	121	45
bb) Begriff	122	45
cc) Abgrenzungproblematik	125	46
<i>Fallbeispiel: Constanze</i>	126	47
<i>Fallbeispiel: Warentest.</i>	127	47
b) Unlauterkeit	128	48
aa) Begriff	128	48
bb) Konkretisierung durch Beispielskatalog	129	48
cc) Eigenständige Anwendung des § 3 I UWG	130	49
dd) Subjektive Voraussetzungen	132	49

c)	Eignung zur Beeinträchtigung von Interessen von Mitbewerbern, Verbrauchern oder sonstigen Marktteilnehmern ...	133	50
	<i>Fallbeispiel: Werblocker</i>	135	50
d)	Spürbarkeit	136	51
e)	Keine Regelung weiterer Rechtsfolgen	137	51
f)	Kein Verbotsgesetz	138	51
3.	§ 4 UWG mit allgemeinen Beispielen der Unlauterkeit	139	51
a)	Überblick	139	51
b)	Unlautere Geschäftspraktiken gegenüber den Abnehmern ..	140	52
aa)	Beeinträchtigung der Entscheidungsfreiheit durch unangemessene unsachliche Einflussnahme nach § 4 Nr. 1 UWG	140	52
(1)	Druck	142	53
(2)	Menschenverachtung	143	53
(3)	Überblick über typische Fallkonstellationen	144	53
bb)	Schutz vor Ausnutzung bestimmter Schwächen gemäß § 4 Nr. 2 UWG	145	54
cc)	Transparenzgebot und Unlauterkeit der Schleichwerbung nach § 4 Nr. 3-5 UWG	146	55
dd)	Kaufzwang bei Preisausschreiben gemäß § 4 Nr. 6 UWG	147	55
c)	Unlautere Geschäftshandlungen gegenüber Mitbewerbern ..	148	56
aa)	Geschäftsehrverletzung und Schmähkritik	148	56
bb)	Ergänzender Leistungsschutz	149	56
cc)	Gezielte Behinderung von Mitbewerbern	151	57
	<i>Fallbeispiel: Direktansprache am Arbeitsplatz</i>	153	58
d)	Verstoß gegen bestimmte Rechtsvorschriften	154	59
4.	Unlauterkeit irreführender geschäftlicher Handlungen gemäß §§ 5, 5a I UWG	157	60
a)	Zusammenhang mit § 3 I UWG	157	60
b)	Irreführung bei unwahren Angaben oder sonstigen zur Täuschung geeigneten Angaben	158	60
aa)	Angaben	158	60
bb)	Unwahrheit und Eignung zur Täuschung	159	61
cc)	Katalog des § 5 I 2 Nr. 1-7 UWG	160	61
dd)	Verwechslungsgefahr durch Marken	161	62
ee)	Angaben bei vergleichender Werbung und konkludente Angaben	162	62
ff)	Beweiserleichterungen bei Mondpreiswerbung	163	62
c)	Irreführung durch Unterlassen	164	62
d)	Normatives Leitbild des Adressaten	165	63
5.	Unlauterkeit bei Werbevergleichen nach § 6 II UWG	166	63
a)	Grundsätzliches	166	63
b)	Entwicklung in Deutschland	167	64
c)	Voraussetzungen und Grenzen	168	64

d) Vergleich gegenüber dem Verbraucher im Besonderen	169	65
e) Richtlinienkonforme Auslegung der Beispielstatbestände . . .	170	65
6. Zusammenfassung	171	65
III. Verschärfung des allgemeinen Verbots des § 3 I UWG		
im Bereich Unternehmer/Verbraucher	172	66
1. Allgemeines	172	66
a) Eigenständige Verbotstatbestände	173	66
b) Verbraucherbezogene Unlauterkeit	174	66
2. Verbraucherbezogenes allgemeines Verbot § 3 II UWG	175	66
a) Geschäftliche Handlungen gegenüber Verbrauchern	175	66
b) Maßstab der fachlichen Sorgfalt des Unternehmers	178	68
c) und Eignung zur spürbaren Beeinträchtigung der Fähigkeit des Verbrauchers zur informationsbasierten Entscheidung und zur Veranlassung einer Fehlentscheidung	179	68
d) Verbraucherleitbild	180	68
3. Verbraucherbezogene Konkretisierung der Unlauterkeit als Ergänzung der allgemeinen Verbote	181	68
4. „Schwarze Liste“ – Per se-Verbot verbraucherbezogener geschäftlicher Handlungen nach § 3 III UWG mit Anlage	182	69
IV. Verbot der unzumutbaren Belästigung von Marktteilnehmern		
nach § 7 I UWG	183	72
1. Allgemeines	183	72
2. Unzumutbare Belästigung nach den Beispielen des § 7 II Nr. 1, 2 und 4 UWG	187	73
3. Unzumutbare Belästigung durch den Einsatz automatischer Geräte nach § 7 II Nr. 3 UWG mit den Rückausnahmen nach § 7 III UWG	188	74
V. Wettbewerbsrechtliche Straftatbestände	189	75
1. Progressive Kundenwerbung	190	75
2. Geheimnisverrat	191	75
VI. Lauterkeitsrechtlich relevante Regelungen außerhalb des UWG . .	192	75
1. Rechtsvorschriften	191	75
a) Straftaten gegen den Wettbewerb nach den §§ 298-302 StGB	193	76
b) Gewerblicher Rechtsschutz	194	76
c) Sonstige Regelungen mit Rechtscharakter	195	76
aa) Produktbezogene Regelungen (Auszug)	196	76
bb) Medienbezogene Regelungen	197	77
cc) Berufsspezifische Regelungen	198	77
dd) EU-Richtlinien (Hinweis)	199	77
2. Regelungen ohne Rechtscharakter	200	77
a) Wettbewerbsregeln	200	77
b) Standesregeln	201	77
c) Soft Law	202	78
VII. Rechtsfolgen unlauteren Wettbewerbs (§§ 8-11 UWG)	203	78
1. Allgemeines	203	78

2. Anspruch auf Beseitigung und Unterlassung nach den §§ 8, 3-7 UWG	204	78
a) Beseitigungsanspruch	204	78
b) Unterlassungsanspruch	205	78
aa) Veränderung der Sachlage.....	206	79
bb) Veränderung der Rechtslage.....	207	79
<i>Fallbeispiel: Einseitige Änderung von Versicherungsbedingungen</i>	208	79
c) Haftung des Unternehmensinhabers für Mitarbeiter/ Beauftragte und Problematik einer Störerhaftung bzw. einer wettbewerbsrechtlichen Verkehrspflicht	209	80
<i>Fallbeispiel: Jugendgefährdende Medien bei eBay</i>	210	80
d) Aktivlegitimation	211	81
<i>Fallbeispiel: Prüfzeichen</i>	214	82
e) Missbräuchliche Geltendmachung von Ansprüchen	215	83
aa) Mehrfachverfolgung	215	83
bb) Unclean-hands oder Abwehreinwand	216	83
cc) Aufbrauchfrist	217	83
3. Schadenersatzanspruch nach den §§ 9, 3 oder 7 UWG	218	83
a) Subjektive Voraussetzungen	219	83
b) Geltendmachung der Ersatzansprüche	220	84
c) Inhalt der Ersatzansprüche	221	84
<i>Fallbeispiel: Tchibo/Rolux</i>	222	84
4. Gewinnabschöpfungsanspruch	223	85
5. Verjährung	224	85
 § 4 Verfahrensregeln des Lauterkeitsrechts	225	86
I. Allgemeines	225	86
1. Verfahren vor den Zivilgerichten und der Einigungsstelle	225	86
2. Informelles Vorverfahren	226	86
a) Abmahnung	227	86
b) Schutzschrift	229	87
II. Leistungs- und Feststellungsklage	230	88
1. Zuständigkeit	230	88
2. Klage und Anspruch	231	88
a) Leistungsklage	231	88
b) Feststellungsklage	232	89
c) Stufenklage	233	89
d) Auskunftsanspruch	234	89
e) Rechtsschutzinteresse	235	89
3. Beweisfragen	236	90
4. Instanzenzug	237	90
5. Vollstreckung	238	90
6. Änderung der Sach- oder Rechtslage nach Prozessbeginn	239	90
a) Einseitige Klageumstellung	240	91

b) Übereinstimmende Erledigungserklärung	241	91
c) Wegfall des Anspruchs nach Rechtskraft	242	91
d) Unterlassungsverpflichtung	243	92
7. Kosten	244	92
III. Einstweilige Verfügung	245	92
1. Bedeutung im wirtschaftlichen Wettbewerb	245	92
2. Voraussetzungen: Verfügungsanspruch und Verfügungsgrund ...	246	93
3. Erlass der einstweiligen Verfügung	248	94
4. Rechtsbehelfe	249	94
a) Beschwerde oder Berufung bei Ablehnung des Antrags	249	94
b) Widerspruch oder Berufung bei Anordnung	250	94
5. Frist zur Klage	251	94
6. Vollziehung	252	95
7. Abschlussschreiben und Abschlusserklärung	253	95
8. Schadenersatz	254	96
9. Aufbrauchfrist	255	96

Dritter Teil

Recht gegen Wettbewerbsbeschränkungen (ohne Zusammenschlusskontrolle)

§ 5 Mehrseitige Wettbewerbsbeschränkungen	256	97
I. Art. 101 AEUV und §§ 1-3 GWB im Überblick und der Vorrang des europäischen Rechts	256	97
1. Verbotstatbestände im Überblick und Anwendungsbereich der Vorschriften	256	97
2. Vorrang des europäischen Rechts	257	98
3. Art. 101 AEUV als zentrale Norm	259	99
II. Verbotstatbestand, dargestellt primär an Art. 101 I AEUV	260	99
1. Verhaltensabstimmung zwischen Unternehmen	261	99
a) Unternehmen	261	100
<i>Fallbeispiel: Eurocontrol</i>	261	100
b) Verhaltensabstimmung	263	101
<i>Fallbeispiel: Teerfarbenkartell</i>	263	101
c) Empfehlungen als Verhaltensabstimmung	265	102
2. Auswirkungen auf den Wettbewerb auf dem europäischen bzw. nationalen Markt	266	103
a) Wettbewerbsbeschränkung	267	104
<i>Fallbeispiel: Consten/Grundig</i>	268	104
b) Relevanter Markt	269	105
c) Spürbarkeit der Wettbewerbsbeschränkung	270	106
d) Bündeltheorie	271	106
<i>Fallbeispiel: Delimitis</i>	271	106
3. Immanente Grenzen des Verbotes	272	107

4. Regelbeispiele in Art. 101 AEUV	273	108
5. Zu § 1 GWB	274	108
III. Zwischenstaatlichkeitsklausel	275	108
1. Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels	275	109
2. Spürbarkeit der Handelsbeschränkung	277	109
3. Bündeltheorie bei vertikalen Vereinbarungen	278	110
IV. „Einzelfreistellung“ nach Art. 101 III AEUV und § 2 I GWB	279	110
1. Voraussetzungen nach Art. 101 III AEUV	279	110
2. Freistellung gemäß § 2 I GWB	280	111
3. Bedeutung der Einzelfreistellung	281	111
<i>Fallbeispiel: Citroen</i>	281	111
V. Gruppenfreistellung	283	111
1. Bedeutung	283	111
a) Rechtsgrundlage für den Erlass der Gruppenfreistellungs-		
verordnungen (GFVO)	283	112
b) Übersicht über die Gruppenfreistellungsverordnungen	284	112
2. Freistellung durch Gruppenfreistellungsverordnung		
am Beispiel der VO Nr. 330/2010	285	112
a) Geltungsvoraussetzungen	285	112
b) Reichweite der Privilegierung und die Bedeutung von		
Kernbeschränkungen (= schwarze Klauseln)	286	113
aa) Kernbeschränkungen nach Art. 4 GFVO-Vertikal-		
vereinbarungen Nr. 330/2010	287	113
bb) Kernbeschränkungen in weiteren GFVOen	288	114
3. Problematik der dynamischen Verweisung in § 2 II GWB	289	114
VI. Regelbeispiele der europäischen Leitlinien	290	115
1. Bestimmte Vereinbarungen nach den Leitlinien über		
horizontale Zusammenarbeit (LLH)	291	115
a) Analytischer Rahmen und Aufbau	292	115
b) Forschung und Entwicklung	293	116
c) Produktionsvereinbarungen		
(einschließlich Spezialisierungsvereinbarungen)	294	116
d) Einkaufsvereinbarungen	295	116
e) Vermarktungsvereinbarungen	296	117
f) Vereinbarungen über Normen	297	117
2. Vereinbarungen nach den Leitlinien für vertikale		
Beschränkungen (LLV)	298	117
a) Markenzwang	299	118
b) Alleinvertrieb	300	118
c) Kundenbeschränkungen	301	118
d) Selektiver Vertrieb	302	118
e) Franchising	303	119
f) Alleinbelieferung	304	119
g) Koppelungsbindungen	305	119
h) Beschränkungen für den Weiterverkaufspreis	306	119

VII. Anwendungsbereich und Auslegung des nationalen Kartellrechts ..	307	119
1. Anwendungsbereich	307	119
a) Allgemein	307	119
b) Mittelstandskartelle	308	120
c) Wettbewerbsregeln	309	120
d) Weitere Sonderregeln	310	120
2. Inhaltliche Anpassung an europäisches Recht	311	120
<i>Fallbeispiel: Schaufensterplakat</i>	311	120
3. Europafreundliche Anwendung	312	122
4. Relevanz der Zwischenstaatlichkeitsklausel	313	122
VIII. Rechtsfolgen im Überblick	314	122
IX. Überblick zu mehrseitigen Wettbewerbsbeschränkungen	315	123
 § 6 Missbrauch von Marktmacht	317	125
I. Art. 102 AEUV (<i>Art. 82 EGV</i>), die §§ 18-21 GWB im Überblick und der Freiraum des nationalen Rechts	317	125
1. Funktion; Verbotstatbestände im Überblick	317	125
a) Funktion	317	125
b) Verbotstatbestände im Überblick	318	125
2. Vorrangige Anwendung des Art. 102 AEUV und der Freiraum des nationalen Gesetzgebers	319	126
a) Vorrangige Anwendung des Art. 102 AEUV	319	126
b) Freiraum des nationalen Gesetzgebers für strengere Regelungen bei einseitigen Handlungen gemäß Art. 3 II 2 EG-KartVerfVO	320	126
<i>Fallbeispiel: Depotkosmetik</i>	322	127
3. Folgerung für die weitere Darstellung	323	128
II. Art. 102 AEUV	324	128
1. Beherrschende Stellung auf dem Binnenmarkt oder einem wesentlichen Teil desselben	325	128
a) Relevanter Markt	325	128
b) Wesentlicher Teil	326	129
c) Beherrschende Stellung	327	130
<i>Fallbeispiel: Chiquita-Bananen</i>	328	130
2. Missbräuchliche Ausnutzung und Beispielskatalog des Art. 102 AEUV	330	131
<i>Fallbeispiel: Fortsetzung Chiquita-Bananen</i>	331	132
3. Zwischenstaatlichkeitsklausel	333	132
4. Überblick über die Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen Art. 102 AEUV	334	133
5. Übersicht	335	133
III. Verbotenes Verhalten von marktbeherrschenden Unternehmen (§§ 18, 19 GWB)	336	133
1. Marktbeherrschung gemäß § 18 GWB	336	133

2. Beispielskatalog für Missbrauch	337	135
IV. Erweitertes Behinderungs- und Diskriminierungsverbot		
nach § 20 GWB (§ 20 II-VI GWB a.F.)	339	136
1. Unternehmen mit relativer Marktmacht, § 20 I GWB	340	136
<i>Fallbeispiel: Rossignol</i>	341	137
<i>Fallbeispiel: Opel</i>	343	138
2. Geschützte Unternehmen	346	139
3. Diskriminierung und Behinderung	347	139
4. Unbilligkeit und sachlich gerechtfertigter Grund	348	140
5. Missbrauch von Marktmacht im Horizontalverhältnis	349	140
V. §§ 21, 29 GWB	350	141
VI. Rechtsfolgen des Missbrauchs im Überblick	351	141
VII. Übersichten	352	142
 § 7 Rechtsfolgen, Akteure und Verfahren im Recht gegen Wettbewerbsbeschränkungen	354	144
I. Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen Kartellrecht	354	144
1. Nichtigkeit	354	144
<i>Fallbeispiel: Tennishalle</i>	355	145
<i>Fallbeispiel: Südlotto</i>	356	145
2. Zivilrechtliche Ansprüche	357	146
<i>Fallbeispiel: „follow-on“</i>	358	146
<i>Fallbeispiel: ORWI-KG</i>	359	147
3. Von der EU-Kommission verhängte Geldbußen und Zwangsgelder	361	149
a) Kumulative Bestrafung?	362	149
b) Kronzeugenregelung	363	149
c) Zwangsgeld	364	150
4. Bußgeld und Zwangsgeld nach GWB	365	150
5. Vorteilsabschöpfung gemäß § 34 GWB	366	151
6. Beweislast	367	151
II. Überblick über Akteure und Verfahren im Recht gegen Wettbewerbsbeschränkungen	368	151
III. Unternehmen	369	152
IV. Kartellbehörden	370	152
1. Europäische Ebene: Kommission	370	152
2. Deutschland	371	152
V. Europäische und nationale Gerichte in Kartellsachen	373	153
1. Europäische Gerichte	373	153
2. Deutsche Gerichte in Kartellsachen	374	154
a) Umfassende Zuständigkeit der Zivilgerichte	374	154
b) Kartellsenate	375	154
c) Anwendung europäischen Rechts durch die nationalen Gerichte	376	155
d) Kooperation mit der Kommission	377	155

VI. Entscheidungen, Maßnahmen und Befugnisse der europäischen Kommission	378	155
1. Entscheidungen und Maßnahmen	378	155
a) Feststellung und Abstellung von Zuwiderhandlungen nach Art. 7 EG-KartVerfVO	378	155
b) Sanktionen	379	156
c) Einstweilige Maßnahmen nach Art. 8 EG-KartVerfVO	380	156
d) Entgegennahme von Verpflichtungszusagen	381	156
<i>Fallbeispiel: Deutsche Bundesliga</i>	381	157
e) Feststellung der Nichtanwendbarkeit	382	157
f) Entzug des Rechtsvorteils in Einzelfällen	383	157
g) Beratungsschreiben	384	158
2. Befugnisse	385	158
a) Ermittlungsbefugnisse	385	158
b) Auskunftsverlangen	386	158
c) Nachprüfungsbefugnisse	387	158
d) Zusammenarbeit mit nationalen Gerichten	388	159
e) Zusammenarbeit mit nationalen Behörden	389	159
3. Verfahrensgrundsätze und Anfechtungsmöglichkeiten	390	159
VII. Entscheidungen, Maßnahmen und Befugnisse der deutschen Kartellbehörden	391	159
1. Kompetenz zur Anwendung europäischen Rechts	391	159
2. Entscheidungen und Maßnahmen	392	159
3. Verwaltungsverfahren nach dem GWB	393	160
4. Kooperation und Abstimmung	394	160
a) Mit der Europäischen Kommission	394	160
b) Mit nationalen Kartellbehörden anderer Länder	395	161
c) Netzwerk der europäischen Wettbewerbsbehörden	396	161
VIII. Übersichten	397	161

Vierter Teil

Unternehmenszusammenschlüsse

§ 8 Fusionskontrolle im europäischen Recht	400	163
I. Europarechtlicher Regelungsbereich im Überblick	401	163
1. Rechtsgrundlagen	401	163
<i>Fallbeispiele: Continental Can und Philipp Morris</i>	402	164
2. Abgrenzung zum nationalen Regelungsbereich	403	164
II. Zusammenschluss von gemeinschaftsweiter Bedeutung als Aufgreifstatbestand	404	165
1. Aufgreifstatbestand: Anmeldepflicht und Vollzugsverbot	404	165
2. Unternehmen	405	165
3. Zusammenschluss	406	165
a) Zusammenschlusstatbestand	407	165

b) Formen des Zusammenschlusses	408	166
aa) Horizontale Zusammenschlüsse	409	166
bb) Vertikale Zusammenschlüsse	410	166
cc) Konglomerate Zusammenschlüsse	411	166
c) Gemeinschaftsunternehmen	412	167
4. Gemeinschaftsweite Bedeutung qua Umsatzziffer	413	167
a) Umsatzziffern	413	167
b) Umsatzberechnung	414	168
III. Materielles Verbot (Eingreiftatbestand)	415	168
1. Kriterien	415	168
2. Konkreter Verbotstatbestand des Art. 2 III EG-FKVO	416	168
a) Verbotskriterien	417	168
b) Problematik konglomerater Zusammenschlusstatbestände ..	418	169
<i>Fallbeispiel: Tetra Laval/Sidel</i>	418	169
c) Oligopolwirkungen	419	170
3. Problematik von Gemeinschaftsunternehmen	420	170
4. Auswirkungsprinzip	421	171
IV. Verfahrensfragen	422	171
1. Alleinige Zuständigkeit der Kommission	422	171
2. Verfahren	423	171
3. Verweisungen zwischen europäischer und nationaler Ebene	425	172
a) Verweisung an die nationalen Kartellbehörden	425	172
b) Verweisung an die Kommission	426	173
V. Übersicht	427	174
 § 9 Fusionskontrolle nach deutschem Recht	428	175
I. Geltungsbereich in Abgrenzung zum europäischen Recht	428	175
1. Abgrenzung zum europäischen Recht	428	175
2. Eigenständiger Anwendungsbereich qua Umsatzziffern	429	175
II. Unternehmenszusammenschluss als Aufgreiftatbestand		
nach deutschem Recht	430	175
1. Aufgreiftatbestand: Anmeldepflicht und Vollzugsverbot	430	175
2. Unternehmen	431	176
3. Zusammenschlusstatbestand	432	176
a) Vermögenserwerb	433	176
b) Kontrollerwerb	434	177
c) Anteilserwerb	435	177
d) Verbindungen mit wettbewerblich erheblichem Einfluss	437	178
e) Ausnahme: Emissionskonsortien	438	179
4. Umsatzerlöse des § 35 I GWB und ihre Berechnung	439	179
<i>Fallbeispiel: Springer/ProSiebenSat. 1</i>	440	179
5. Einschränkungen	441	180
a) § 35 II 1 GWB: Anschlussklausel	441	180
b) § 35 II 2 GWB: Zusammenschlüsse im Rahmen einer		
kommunalen Gebietsreform	442	180

III. Verbot des Zusammenschlusses		
(Eingreiftatbestand des § 36 GWB)	443	180
1. Anpassung an Art. 2 III EG-FKVO: erhebliche Behinderung wirksamen Wettbewerbs	443	180
2. Marktbeherrschende Stellung	444	181
<i>Fallbeispiel: Deutsche Bahn/KVS Saarlouis</i>	445	182
3. Nachweis und Prognose	446	182
a) Horizontale Zusammenschlüsse	446	182
b) Vertikale und konglomerate Zusammenschlüsse	447	182
<i>Fallbeispiel: Springer/Pro SiebenSat. 1</i> <i>Fortsetzung zu Rn. 440</i>	448	183
4. Rechtfertigung des Zusammenschlusses	449	183
a) Überwiegende Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen (§ 36 I 2 Nr. 1 GWB n.F.)	449	183
b) Bagatellmarkt (§ 36 I 2 Nr. 2 GWB n.F.)	450	184
aa) Bündeltheorie	450	184
<i>Fallbeispiel: Deutsche Bahn/KVS Saarlouis</i> <i>Fortsetzung zu Rn. 445</i>	450	184
bb) Aber keine Berücksichtigung der Auslandsumsätze.	451	185
<i>Fallbeispiel: duPont/Pedex</i>	451	185
5. Praktische Lösung von Zusammenschlussproblemen	452	186
6. Auswirkungsprinzip des § 130 II GWB	453	186
IV. Verfahrensfragen	454	187
1. Zuständige Behörde: BKartA	454	187
2. Anmeldeerfordernis, Prüfverfahren und Freigabe	455	187
3. Vollzugsverbot und eventuelle Entflechtung	456	187
4. Rechtsmittel	457	188
5. Ministererlaubnis	458	188
6. Verweisungen im Verhältnis zur Kommission	459	188
V. Übersicht	460	189

Fünfter Teil

Vergaberecht und Recht der Beihilfen

§ 10 Vergaberecht	461	190
I. Bedeutung des Vergaberechts	461	190
1. Umfang des öffentlichen Auftragswesens	461	190
2. Haushaltsrecht und Kartell-Vergaberecht	462	190
II. Rechtliche Struktur des Kartell-Vergaberechts	464	191
1. Europäisches Primär- und Sekundärrecht	464	191
2. Nationales Kartell-Vergaberecht	466	192
III. Anwendungsbereich der Vergabeverfahren	467	193
1. Öffentliche Auftraggeber und öffentliche Aufträge	467	193
2. Schwellenwerte, Teillose und Fachlose	468	194

3. Einschränkung des Vergaberechts	469	194
<i>Fallbesprechung: Landkreis G.</i>	469	195
IV. Vergabegrundsätze und Vergabekriterien	470	195
1. Wettbewerb, Transparenz und Gleichbehandlung (§ 97 I, II GWB)	470	195
2. Eignungskriterien: fachkundige, leistungsfähig, gesetzestreue und zuverlässige Unternehmen (§ 97 IV 1 GWB)	471	195
3. Zuschlagskriterium (§ 97 V GWB)	472	196
V. Arten der Vergabe und Ablauf des Vergabeverfahrens	473	197
1. Arten der Vergabe	473	197
2. Ablauf des Vergabeverfahrens bei offenem Verfahren	474	197
VI. Primärrechtsschutz des Bieters	476	198
1. Nachprüfungsverfahren	476	198
2. Bedeutung der Vergabekammern	477	199
VII. Sekundärrechtsschutz des Bieters	478	199
VIII. Rechtsschutz unterhalb der Schwellenwerte	479	199
IX. Übersicht	480	200
§ 11 Hinweis auf das Recht der Beihilfen	481	201
<i>Fallbesprechung: Flughäfen Saarbrücken und Zweibrücken</i>	482	201

Sechster Teil

Kenntnis- und Verständnisfragen

I. Zum Lauterkeitsrecht	203
II. Zum Kartellrecht	208
1. Europäisches Kartellrecht	208
2. Nationales Kartellrecht	210
III. Fusionskontrolle	212
1. Europäische Fusionskontrolle	212
2. Fusionskontrolle nach GWB	213
IV. Vergaberecht	215
<i>Sachverzeichnis</i>	217

Abkürzungen

a.a.O.	am angegebenen Ort
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Union (bzw. der EG oder EWG)
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. C 83/47 v. 30.3.2010; BGBl. II 2009, 1223)
Amtl. Begr. UWG	Regierungsentwurf eines Gesetzes gegen Unlauteren Wettbewerb (BT-Drucks. 15/1487 vom 22.8.2003)
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BKartA	Bundeskartellamt
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EG-FKVO	EG-Fusionskontrollverordnung Nr. 139/2004 des Rates vom 20.1.2004
EG-KartVerfVO	Kartellverfahrensverordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates vom 16.12.2002
<i>EGV</i>	<i>Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft von 1957 – aufgegangen in EUV und AEUV</i>
EuG	Europäisches Gericht
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EUV	Vertrag über die Europäische Union (Lissabon- ABl. C/83/13 v. 30.3.2010) – Fassung von <i>Nizza ist überholt</i>
FS	Festschrift
GFVO	Gruppenfreistellungsverordnung der EG bzw. EU
GG	Grundgesetz
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen i.d.F. der 8. GWB-Novelle vom 26.6.2013 (BGBl. I S. 1738, 1750)
LLH	Leitlinien der Kommission über horizontale Zusammenarbeit
LLV	Leitlinien der Kommission für vertikale Beschränkungen
RegE UWG	Regierungsentwurf eines Gesetzes gegen den Unlauteren Wettbewerb (BT-Drucks. 15/1487 vom 22.8.2003)
RegE 1. UWG-Novelle	Regierungsentwurf eines 1. Gesetzes zur Änderung des UWG (BT-Drucks. 16/10145)
RL	Richtlinie
RL 2005/29/EG	Richtlinie vom 11.5.2005 über unlautere Geschäftspraktiken gegenüber Verbrauchern
Slg.	Amtliche Sammlung von EuGH und EuG
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb vom 3.7.2004 i.d.F. der 1. UWG-Novelle v. 22.12.2008 (BGBl. I S. 2949)
VO	Verordnung
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
WuW/E	Entscheidungssammlung der Zeitschrift Wirtschaft und Wettbewerb

Literatur (Auszug)

<i>Bechtold</i>	Kartellgesetz, Kommentar, 7. Aufl. 2013
<i>Bechtold/Bosch/Brinker/ Hirsbrunner</i>	EG-Kartellrecht, Kommentar, 2. Aufl. 2009
<i>Bunte</i>	Kartellrecht, mit neuem Vergaberecht, 3. Aufl. 2014
<i>Emmerich</i>	Unlauterer Wettbewerb, 9. Aufl. 2012 (zit.: WettbR)
<i>Emmerich</i>	Kartellrecht, 12. Aufl. 2012 (zit.: KartellR)
<i>Fritsche</i>	Wettbewerbs- und Kartellrecht, 2013
<i>Glöckner</i>	Kartellrecht – Recht gegen Wettbewerbsbeschränkungen, 2012
<i>Harte-Bavendamm/ Henning-Bodewig</i>	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, Kommentar, 3. Aufl. 2013
<i>Hönn</i>	Klausurenkurs im Wettbewerbs- und Kartellrecht, 6. Aufl. 2013
<i>Immenga/Mestmäcker (Hrsg.)</i>	Wettbewerbsrecht, GWB und EU, 3 Bde. (4 Bücher), 5. Aufl. 2012/2013
<i>Jänich</i>	Lauterkeitsrecht, 2014
<i>jurisPK-UWG</i>	juris Praxiskommentar UWG, 3. Aufl. 2013
<i>Karenfort/Weitbrecht</i>	Entscheidungen zum Europäischen Kartellrecht, 2010
<i>Köhler/Bornkamm</i>	Wettbewerbsrecht, Kommentar, 32. Aufl. 2014
<i>Ch. König/K. Schreiber</i>	Europäisches Wettbewerbsrecht (mit Vergaberecht), 2010
<i>Langen/Bunte</i>	Kommentar zum deutschen und europäischen Kartellrecht, 2 Bde., 12. Aufl. 2014
<i>Lettl</i>	Kartellrecht, 3. Aufl. 2013
<i>Lettl</i>	Wettbewerbsrecht, 2. Aufl. 2013
<i>Mäger (Hrsg.)</i>	Europäisches Kartellrecht, 2. Aufl. 2011
<i>Mestmäcker/Schweitzer</i>	Europäisches Wettbewerbsrecht, 3. Aufl. 2014
<i>Müller-Wrede</i>	GWB-Vergaberecht, 2009
<i>Ohly/Sosnitza</i>	UWG, Kommentar, 6. Aufl. 2014
<i>Rittner/Dreher/Kulka</i>	Wettbewerbs- und Kartellrecht, 8. Aufl. 2014
<i>Säcker/Wolf</i>	Kartellrecht in Fällen, 2. Aufl. 2014
<i>Schwintowski</i>	Wettbewerbs- und Kartellrecht (PdW), 5. Aufl. 2012
<i>Schröter/Jakob/Klotz/ Mederer</i>	Kommentar zum europäischen Wettbewerbsrecht, 2. Aufl. 2014
<i>Schwarze/Weitbrecht</i>	Grundzüge des europäischen Kartellverfahrensrechts. Die Verordnung (EG) Nr. 1/2003, 2004

Weitere Literatur zur Vertiefung vor den einzelnen Paragraphen.

Wichtige europäische Texte

Die nachfolgenden Texte sind im Netz über *EUR-Lex* abrufbar!

Der jeweils aktuelle Stand ist im Netz überdies zusammengestellt bei *European Commission – Competition* unter *Antitrust – Legislation*

A. EU-Vertrag, Ratsverordnungen und Richtlinien

Vertrag von Lissabon	Vertrag zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft vom 13.12.2007, ABl. Nr. C Nr. 306 S. 1 v. 17.12.2007; in Kraft seit dem 1.12.2009
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union in der Fassung der Lissabonner Verträge, in Kraft seit 1.12.2009
EGV	<i>Vertrag zur Gründung der europäischen Gemeinschaft vom 25.3.1957 in seiner durch den Vertrag von Nizza geänderten Fassung seit dem 1.12.2009 außer Kraft</i>
EUV	Vertrag über die Europäische Union in der Fassung der Lissabonner Verträge, in Kraft seit 1.12.2009
EG-KartVerfVO Nr. 1/2003	Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates vom 16.12.2002 zur Durchführung der in den Art. 81 und 82 EGV niedergelegten Wettbewerbsregeln, ABl. Nr. L 1 vom 4.1.2003, S. 1
VO Nr. 19/65/EWG des Rates	Vom 2.3.1965 über die Anwendung von Artikel 85 Abs. 3 des Vertrages auf Gruppen von Vereinbarungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen, ABl. 36 vom 6.3.1965, S. 533
VO (EWG) Nr. 2821/71 des Rates	Vom 20. 12. 1971 über die Anwendung von Artikel 85 Abs. 3 des Vertrages auf Gruppen von Vereinbarungen, Beschlüsse und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen, ABl. L 285/46 vom 29.12.1971
VO (EWG) Nr. 17/62 des Rates	Vom 6.2.1962, <i>Erste Durchführungsverordnung zu den Art. 85 und 86 EWG-Vertrag</i> , ABl. 13 vom 21.2.1962, S. 204 – seit dem 1.5.2004 nicht mehr in Kraft
EG-FKVO Nr. 139/2004	Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates vom 20.1.2004 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen, ABl. Nr. L 24 vom 29.1.2004, S. 1
RL 84/450/EWG	Richtlinie 84/450/EWG des Rates vom 10.9.1984 über irreführende und vergleichende Werbung, ABl. Nr. L 250 v. 19.9.1984, S. 17
RL 2005/29/EG	Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates v. 11.5.2005 über unlautere Geschäftspraktiken im binnenmarktinternen Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und Verbrauchern, ABl. Nr. L 149 v. 11.6.2005, S. 22

B. Gruppenfreistellungsverordnungen und Bekanntmachungen der Kommission

I. Nicht sektorspezifische Regeln

1. Bekanntmachungen aller Art

Bekanntmachung 1997 zum relevanten Markt	Bekanntmachung der Kommission über die Definition des relevanten Marktes im Sinne des Wettbewerbsrechts der Gemeinschaft, ABl. C 372 vom 9.12.1997, S. 5
de minimis-Bekanntmachung 2001	Bekanntmachung der Kommission über Vereinbarungen von geringer Bedeutung, die den Wettbewerb gemäß Artikel 81 Abs. 1 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft nicht spürbar beschränken (de minimis), ABl. C 368 vom 22.12.2001, S. 13
Leitlinien 2004 über den zwischenstaatlichen Handel	Leitlinien über den Begriff der Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels in den Artikeln 81, 82 EGV, ABl. C 101 vom 27.4.2004, S. 81
Leitlinien 2004 zu Art. 81 III EGV	Leitlinien zur Anwendung von Artikel 81 Abs. 3 EG-Vertrag, ABl. C 101 vom 27.4.2004, S. 97
Leniency-Bekanntmachung 2006	Mitteilung der Kommission über den Erlass und die Ermäßigung von Geldbußen in Kartellsachen (2006/C 289/11), ABl. C 298/11 vom 8.12.2006, S. 17
Mitteilung 2009 betreffend Prioritäten	Mitteilung der Kommission – Erläuterungen zu den Prioritäten der Kommission bei der Anwendung von Art. 82 des EG-Vertrages auf Fälle von Behinderungsmissbrauch durch marktbeherrschende Unternehmen, ABl. C 45 vom 24.2.2009, S. 7

2. Vertikale Vereinbarungen

GFVO-Vertikalvereinbarungen Nr. 330/2010	Verordnung (EU) Nr. 330/2010 (<i>früher EG Nr. 2790/1999</i>) vom 20.4.2010 über die Anwendung von Artikel 101 Abs. 3 AEUV auf Gruppen von vertikalen Vereinbarungen und aufeinander abgestimmten Verhaltensweise, ABl. L 102 vom 23.4.2010, S. 1
Leitlinien für vertikale Beschränkungen 2010	Leitlinien für vertikale Beschränkungen, ABl. C 130 vom 19.5.2010, S. 1 (zit. LLV)

3. Horizontale Kooperationsvereinbarungen

GFVO-Spezialisierungsvereinbarungen Nr. 1218/2010	Verordnung (EU) Nr. 1218/2010 (<i>früher Nr. 2658/2000</i>) vom 14.12.2010 über die Anwendung von Artikel 101 Abs. 3 AEUV auf Gruppen von Spezialisierungsvereinbarungen, ABl. L 335 vom 18.12.2010, S. 43
GFVO-FuE Nr. 1217/2010	Verordnung (EU) Nr. 1217/2010 (<i>früher Nr. 2659/2000</i>) vom 14.12.2010 über die Anwendung von Artikel 101 Abs. 3 AEUV Gruppen von Vereinbarungen über Forschung und Entwicklung, ABl. L 335 vom 8.12.2010, S. 36
Leitlinien über horizontale Zusammenarbeit 2011	Leitlinien (<i>früher von 2001</i>) zur Anwendung von Artikel 101 AEUV auf Vereinbarungen über horizontale Zusammenarbeit, ABl. C 11 vom 14.1.2011, S. 1 (zit. LLH)

4. Lizenzvereinbarungen über Technologietransfer

GFVO Technologietransfer Nr. 316/2014	Verordnung (EU) Nr. 316/14 (<i>früher 772/2004</i>) vom 21.3.2014 zur Anwendung von Artikel 101 Abs. 3 AEUV auf Gruppen von Technologietransfer-Vereinbarungen, ABl. L 93, vom 28.3.2014
Leitlinien Technologietransfer 2014	Leitlinien (<i>früher 2004</i>) zur Anwendung von Artikel 101 AEUV auf Technologietransfer-Vereinbarungen (2014 C 89/3), ABl. C 89 vom 28.3.2014, S. 3

II. Sektorspezifische Regeln

1. Versicherungssektor

GFVO-Versicherungssektor Nr. 267/2010	Verordnung (EU) 267/2010 (<i>früher Nr. 358/2003</i>) vom 24.3.2010 über die Anwendung von Artikel 101 Abs. 3 AEUV auf Gruppen von Vereinbarungen, Beschlüssen und aufeinander abgestimmten Verhaltensweisen im Versicherungssektor, ABl. L 83 vom 30.3.2010, S. 1
--	--

2. Kraftfahrzeugsektor

GFVO-Kfz-Sektor Nr. 461/2010	Verordnung (EU) Nr. 461/2010 (<i>früher 1400/2002</i>) vom 27.5.2010 über die Anwendung von Artikel 101 Abs. 3 AEUV auf Gruppen von vertikalen Vereinbarungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen im Kraftfahrzeugsektor, ABl. L 129 vom 28.5.2010, S. 52
Leitlinien Kfz-Sektor 2010	Ergänzende Leitlinien für vertikale Beschränkungen über den Verkauf und die Instandsetzung von Kfz. und den Vertrieb von Kfz-Ersatzteilen (2010/C 138/05), ABl. C 138 vom 28.5.2010, S. 16

Wichtige Bekanntmachungen des BKartA

(jeweils abrufbar über BKartA)

Bagatellbekanntmachung vom 13.3.2007
Bonus-Regelung vom 7.3.2006
Bußgeld-Leitlinien vom 25.6.2013
Diverse Merkblätter, Mustertexte etc.
Tätigkeitsberichte